

Statuten des Vereins

„Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer:innen“

Fassung vom 20.04.2022
(70. Mitgliederversammlung)

Mission Statement

MISSION

Das Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer:innen (iw) vertritt die Interessen der Wirtschaftsprüfer:innen unter Förderung von Gender- und Diversitätsaspekten gegenüber dem Gesetzgeber, staatlichen Einrichtungen, Aufsichtsbehörden und der Öffentlichkeit sowie in anerkannten internationalen Gremien und der EU.

VISION

Wir unterstützen unsere Mitglieder, indem wir uns engagiert für eine unabhängige, eigenverantwortliche und qualitativ hochwertige Berufsausübung - unter Wahrung von Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit - im öffentlichen Interesse einsetzen.

VALUE

Höchste Integrität, Gewissenhaftigkeit und Objektivität sind jene Werte, zu denen sich unsere Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufträge verpflichten. Die Zusammenarbeit ist geprägt von gegenseitigem Respekt, Gerechtigkeit und Wertschätzung.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 1. Name, Sitz, Vereinsjahr und Tätigkeitsgebiet des Vereins	3
§ 2. Vereinszweck.....	3
§ 3. Vereinstätigkeiten und ihre Finanzierung	3
§ 4. Arten der Mitgliedschaft.....	4
§ 5. Erwerb der Mitgliedschaft.....	5
§ 6. Beendigung und Ruhen der Mitgliedschaft.....	5
§ 7. Rechte und Pflichten der Mitglieder.....	6
§ 8. Ordentliche Einnahmen.....	6
§ 9. Organe des Vereins	7
§ 10. Mitgliederversammlung	7
§ 11. Vorstand	8
§ 12. Wirkungskreis des Vorstands.....	9
§ 13. Rechnungsprüfer.....	10
§ 14. Ehren- und Disziplinarrat.....	10
§ 15. Schiedsgericht	11
§ 16. Auflösung des Vereins	11

§ 1. Name, Sitz, Vereinsjahr und Tätigkeitsgebiet des Vereins

- (1) Der Verein führt den Namen „Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer:innen“ (abgekürzt „iwip“). Die weibliche und männliche Personenbezeichnungen stehen in diesen Statuten stellvertretend für Personen aller Geschlechter.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Wien.
- (3) Die Vereinstätigkeit erstreckt sich auf das österreichische Bundesgebiet.
- (4) Das Vereinsjahr (Rechnungsjahr) entspricht dem Kalenderjahr.

§ 2. Vereinszweck

- (1) Vereinszweck ist die Förderung der Interessen der österreichischen Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer sowie Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Dazu gehören die Weiterentwicklung des Berufsbilds der Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer sowie die Ausrichtung der Mitglieder in ihrer beruflichen Haltung. Darüber hinaus soll der Verein Plattform für eine unmittelbare gegenseitige Förderung und Unterstützung der Mitglieder im weitesten Sinne des Wortes sein.
- (2) Der Verein kann in Erfüllung seiner Aufgaben Mitglied anderer Organisationen im In- und Ausland werden.
- (3) Die Vereinstätigkeit ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet.

§ 3. Vereinstätigkeiten und ihre Finanzierung

- (1) Der Erreichung des Vereinszwecks sollen folgende Tätigkeiten dienen:
 - a) die Vertretung der Interessen des Berufsstands der österreichischen Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer in ihrer Funktion als Abschlussprüfer gegenüber dem Gesetzgeber, staatlichen Einrichtungen, Aufsichtsbehörden und der Öffentlichkeit sowie in anerkannten internationalen Gremien und der EU,
 - b) die Vertretung der Interessen des Berufsstands der österreichischen Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer in allen anderen beruflichen Tätigkeitsbereichen und berufsrechtlichen Belangen,
 - c) die gutachtliche Stellungnahme zu Fach- und Berufsfragen, die den Berufsstand der Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer betreffen,
 - d) die Veranstaltung von Vorträgen und Fachtagungen,
 - e) die Förderung des Qualitätsmanagements,
 - f) die Anknüpfung und Pflege der Verbindung mit gleichartigen Institutionen des In- und Auslandes,
 - g) die Anknüpfung und Pflege der Verbindung mit der universitären Forschung und Lehre auf dem Gebiet des Prüfungswesens,
 - h) die Pflege des gesellschaftlichen Verkehrs zwischen den Mitgliedern,
 - i) die Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder; diese haben darauf keinen Rechtsanspruch,
 - j) die Information der Mitglieder über Veranstaltungen und berufsrelevante Neuigkeiten.
- (2) Die erforderlichen finanziellen Mittel sollen durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Überschüsse aus Vereinsveranstaltungen und Zuschüsse nahe stehender Berufsorganisationen zur Förderung der Facharbeit aufgebracht werden.

§ 4. Arten der Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Vereins sind:

- a) ordentliche Mitglieder mit Stimmrecht,
- b) ordentliche Mitglieder ohne Stimmrecht,
- c) assoziierte Mitglieder,
- d) fördernde Mitglieder,
- e) Ehrenmitglieder.

(2) Ordentliche Mitglieder mit Stimmrecht können nur nach einem Zulassungs- und Prüfungsverfahren entsprechend den Bestimmungen des Wirtschaftstreuhandberufsgesetzes 2017 (WTBG 2017) in Österreich öffentlich bestellte Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer sein, auf die keines der folgenden Merkmale zutrifft:

- a) Verzicht auf die selbständige Ausübung des Berufes (§ 85 WTBG 2017), ohne unselbständig in einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft tätig zu sein,
- b) vorläufige Untersagung der Ausübung des Berufes (§ 106 WTBG 2017),
- c) Erlöschen der Berufsbefugnis (§ 109 WTBG 2017).

Soweit Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer Gesellschafterin oder Gesellschafter, Vorstandsmitglied, Geschäftsführerin oder Geschäftsführer einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem Prüfungsbetrieb sind, sollen auch diese Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dem Verein als ordentliche Mitglieder ohne Stimmrecht angehören.

(3) Ordentliche Mitglieder ohne Stimmrecht können nur in Österreich zugelassene Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sein, auf die keines der folgenden Merkmale zutrifft:

- a) vorübergehender Verzicht auf die selbständige Ausübung des Berufes (§ 85 WTBG 2017),
- b) vorläufige Untersagung der Ausübung des Berufes (§ 106 WTBG 2017),
- c) Erlöschen der Berufsbefugnis (§ 109 WTBG 2017).

Die im Prüfungsbetrieb einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft tätigen Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer können, selbst wenn sie auf die selbständige Ausübung des Berufes verzichtet haben (§ 85 WTBG 2017), persönlich dem Verein als ordentliche Mitglieder mit Stimmrecht angehören.

(4) Als assoziierte Mitglieder können aufgenommen werden:

- a) öffentlich bestellte Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer, die auf die selbständige Ausübung des Berufes gemäß §§ 85 (Ruhe der Befugnis) oder 110 WTBG 2017 (Verzicht) verzichtet haben, ohne unselbständig in einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft tätig zu sein,
- b) Personen, die im Ausland als sachverständige Prüferinnen oder Prüfer ermächtigt oder bestellt sind, wenn die Voraussetzungen für ihre Ermächtigung oder ihre Bestellung im Wesentlichen den Anforderungen der Richtlinie 2006/43/EG über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen entsprechen, sowie entsprechende Prüfungsgesellschaften oder Berufszusammenschlüsse ausländischen Rechts,
- c) Personen, die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer als Berufsanwärterinnen oder Berufsanwärter zugelassen worden sind,
- d) Organisationen und Einrichtungen, die gleichartige Aufgaben wie Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer erfüllen.

(5) Fördernde Mitglieder können die Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sowie andere Personen und Organisationen sein, die zur Förderung des Vereinszwecks beitragen.

(6) Ehrenmitglieder sind ordentliche und ehemalige ordentliche Mitglieder, denen wegen ihrer besonderen Verdienste um das Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer:innen oder wegen ihres die gesamtberuflichen Interessen der österreichischen Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer in entscheidender Weise fördernden Verhaltens vom Verein die Ehrenmitgliedschaft verliehen worden ist.

§ 5. Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Der Antrag zur Aufnahme als ordentliches oder assoziiertes Mitglied hat schriftlich zu erfolgen. Assoziierte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 4 lit. c werden bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 4 Abs. 2 ohne besonderen Antrag in eine ordentliche Mitgliedschaft mit Stimmrecht übergeführt.

(2) Über die Aufnahme von ordentlichen und assoziierten Mitgliedern sowie über die Umwandlung der Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Eine Berufung gegen eine allfällige Ablehnung eines Aufnahme- oder Umwandlungsantrags durch den Vorstand ist nicht zulässig.

(3) Fördernde Mitglieder und Ehrenmitglieder werden über Vorschlag des Vorstands von der Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder ernannt.

§ 6. Beendigung und Ruhen der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Wegfall der Voraussetzungen, Ausschluss oder Tod des Mitglieds, bei juristischen Personen oder Personenvereinigungen auch durch deren Beendigung.

(2) Der Austritt aus dem Verein kann nur zum Ende eines Kalenderjahres erfolgen und ist bis zu diesem Zeitpunkt dem Vorstand schriftlich mitzuteilen. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam.

(3) Als Wegfall der Voraussetzungen ist die Nichterfüllung der in § 4 festgelegten Bedingungen nach der Aufnahme bzw. Ernennung anzusehen.

(4) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses mehr als drei Monate mit den Beiträgen im Rückstand bleibt oder einer anderen finanziellen Leistungsverpflichtung trotz mehrmaliger Mahnung nicht nachkommt.

(5) Ferner kann der Vorstand mit einer Mehrheit von zwei Dritteln sämtlicher Vorstandsmitglieder auf Vorschlag des Ehren- und Disziplinarrats Mitglieder ausschließen, deren persönliches oder berufliches Verhalten einen wichtigen Grund zum Ausschluss gibt oder die gröblich gegen die Pflichten der Mitglieder gemäß § 7 oder gegen die Interessen des Vereins verstoßen oder in sonstiger Art und Weise das Ansehen des Vereins in der Öffentlichkeit schädigen. Vor Fassung eines Ausschlussbeschlusses ist dem betroffenen Mitglied die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. Der Ausschlussbeschluss ist eingehend zu begründen. Das ausgeschlossene Mitglied ist vom Ausschlussbeschluss mittels eingeschriebenen Briefes zu verständigen.

(6) Wird dem Vorstand bekannt, dass gegen ein Mitglied wegen einer strafrechtlichen Anschuldigung, die mit der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit in Zusammenhang steht, das Hauptverfahren eröffnet worden ist, so beschließt er mit einer Mehrheit von zwei Dritteln sämtlicher Vorstandsmitglieder auf Vorschlag des Ehren- und Disziplinarrats das Ruhen der Mitgliedschaft des betroffenen Mitglieds. Vor Fassung des Beschlusses ist dem betroffenen Mitglied die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. Das betroffene Mitglied ist

vom Vorstand mittels eingeschriebenen Briefes vom Ruhen der Mitgliedschaft zu verständigen. Während des Ruhens der Mitgliedschaft sind das aktive und passive Wahlrecht des betroffenen Mitglieds sowie seine etwaige Zugehörigkeit zu einem Organ des Vereins suspendiert. Die anderen Rechte und Pflichten des Mitglieds werden nicht berührt. Das Ruhen der Mitgliedschaft endet im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung in einem straf- oder berufsgerichtlichen Verfahren oder nach endgültigem Wirksamwerden eines Einstellungsbeschlusses gemäß § 199 StPO zwei Monate nach Bekanntgabe des Urteils bzw. Beschlusses an den Vorstand, wenn nicht der Vorstand auf Vorschlag des Ehren- und Disziplinarrats innerhalb dieser Frist ein Ausschlussverfahren nach Abs. 5 einleitet. Wird das Mitglied freigesprochen oder das Verfahren auf andere Weise rechtskräftig beendet, endet das Ruhen der Mitgliedschaft mit Bekanntgabe des rechtskräftigen Urteils bzw. des erledigenden Beschlusses an den Vorstand.

§ 7. Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die Mitglieder sind berechtigt, alle Einrichtungen des Vereins zu benützen und an allen Veranstaltungen desselben unter den vom Vorstand festgesetzten Bedingungen teilzunehmen.

(2) Die Ausübung des Stimmrechts in der Mitgliederversammlung und das passive Wahlrecht stehen nur den ordentlichen Mitgliedern mit Stimmrecht und den Ehrenmitgliedern zu. Ordentliche Mitglieder, mit welchen Verträge im Sinne des § 12 Abs. 6 bestehen, besitzen kein passives Wahlrecht.

(3) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Ziele und Interessen sowie den Zweck des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins beeinträchtigt werden könnten. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten.

(4) Der Verein führt ein Verzeichnis seiner Mitglieder. Die Mitglieder sind verpflichtet, dem Verein ihre persönlichen und beruflichen Daten in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des WTBG 2017 sowie des APAG mitzuteilen.

(5) Die ordentlichen und assoziierten Mitglieder sind vorbehaltlich § 8 Abs. 2 zur fristgerechten Entrichtung der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Beiträge verpflichtet.

(6) Wird gegen ein Mitglied oder eine gesetzliche Vertreterin oder einen gesetzlichen Vertreter eines Mitglieds wegen einer strafrechtlichen Anschuldigung, die mit der Ausübung ihrer oder seiner beruflichen Tätigkeit in Zusammenhang steht, die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen, so ist das Mitglied verpflichtet, unverzüglich den Vorstand zu unterrichten. In gleicher Weise sind dem Verein rechtskräftige Verurteilungen in straf- oder berufsgerichtlichen Verfahren sowie Einstellungsbeschlüsse gemäß § 199 StPO bekanntzugeben.

§ 8. Ordentliche Einnahmen

(1) Die Mitgliedsbeiträge (gegebenenfalls einschließlich Zuschlägen) werden von der Mitgliederversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen; sie gelten bis zu einem statutengemäß gefassten Änderungsbeschluss.

(2) Ehrenmitglieder sind von der Leistung des Mitgliedsbeitrags befreit. Dies gilt auch für natürliche Personen, die ordentliches Mitglied mit Stimmrecht oder assoziiertes Mitglied des Vereins sind und vor Beginn des Kalenderjahres das 70. Lebensjahr vollendet haben, sowie für assoziierte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 4 lit. c.

(3) Der Verein ist berechtigt, zur Erhaltung von Einrichtungen und zur Durchführung von Veranstaltungen, deren Kosten ohne Beeinträchtigung der Erfüllung der übrigen Aufgaben nicht aus den Mitgliedsbeiträgen gedeckt werden können, von den Mitgliedern, die diese Leistungen in Anspruch nehmen, angemessene Kostenbeiträge einzuheben. Deren Festsetzung obliegt dem Vorstand.

§ 9. Organe des Vereins

(1) Die Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung,
- b) der Vorstand,
- c) die Rechnungsprüfer,
- d) der Ehren- und Disziplinarrat.

(2) Die Mitglieder des Vorstands und des Ehren- und Disziplinarrats sowie die Rechnungsprüfer versehen ihre Obliegenheiten ehrenamtlich und ohne politische Bindung. Barauslagen werden ihnen in angemessener Höhe ersetzt.

(3) Ist ein Mitglied eines Vereinsorgans Gegenstand einer Abstimmung in diesem Organ, besitzt es bei dieser Abstimmung kein Stimmrecht. Mitglieder des Ehrenrates müssen sich in diesem Fall durch ein Ersatzmitglied vertreten lassen.

§ 10. Mitgliederversammlung

(1) Die Befugnisse der Mitgliederversammlung sind:

- a) Entgegennahme von Berichten des Vorstands über die Vereinstätigkeit und die finanzielle Gebarung und deren Prüfung unter Einbindung der Rechnungsprüfer,
- b) Feststellung des Rechnungsabschlusses nach Anhörung der Rechnungsprüfer,
- c) Entgegennahme des Berichts der Rechnungsprüfer bei Unregelmäßigkeiten,
- d) Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands,
- e) Genehmigung des Voranschlags,
- f) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge,
- g) Wahl der Vorstandsmitglieder,
- h) Wahl der Rechnungsprüfer,
- i) Wahl des Ehren- und Disziplinarrats,
- j) Beschlussfassung über die Anträge des Vorstands,
- k) Beschlussfassung über Anträge von ordentlichen Mitgliedern, welche dem Vorstand mindestens acht Tage vor Abhaltung der Mitgliederversammlung angezeigt wurden,
- l) Ernennung von fördernden Mitgliedern und Ehrenmitgliedern,
- m) Beschlussfassung über die Änderung der Statuten,
- n) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.

(2) Eine ordentliche Mitgliederversammlung ist von der Präsidentin / vom Präsidenten jährlich mindestens einmal in den ersten vier Monaten des Kalenderjahres einzuberufen.

(3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss von der Präsidentin / vom Präsidenten einberufen werden, wenn

- a) dringende Angelegenheiten es erfordern,
- b) die Abhaltung von mindestens zehn ordentlichen Mitgliedern unter Angabe der Tagesordnung verlangt wird.

Die Einberufung muss längstens vier Wochen nach dem Zeitpunkt erfolgen, in dem ein Verlangen gemäß lit. b bei der Präsidentin / beim Präsidenten oder bei einer ihrer / seiner Stellvertreterinnen oder einem ihrer / seiner Stellvertreter eingelangt ist.

(4) Die Einberufung einer Mitgliederversammlung erfolgt durch Verständigung jedes Mitglieds vom Termin, vom Ort und von der Tagesordnung der Mitgliederversammlung. Diese Verständigung muss mindestens zwei Wochen (14 Tage) vor Abhaltung der Mitgliederversammlung zur Post gegeben oder elektronisch an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene elektronische Zustelladresse gesandt werden. Die Mitgliederversammlung kann auch ohne physische Anwesenheit der Mitglieder durchgeführt werden.

(5) In besonders dringenden Fällen kann die Einholung eines Votums der Mitglieder auf schriftlichem Weg erfolgen, wenn die Sachlage eine ausreichende schriftliche Information der Mitglieder gestattet.

(6) Die Mitgliederversammlung ist nach einer ordnungsmäßigen Einberufung ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt die Präsidentin / der Präsident oder eine oder einer ihrer / seiner Stellvertreterinnen und / oder Stellvertreter.

(7) Beschlüsse werden von der Mitgliederversammlung im Allgemeinen mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die / der Vorsitzende. Beschlüsse über Änderungen der Statuten, über die Ernennung von fördernden Mitgliedern und von Ehrenmitgliedern und über die Auflösung des Vereins bedürfen einer Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Über Gegenstände, welche nicht gesondert aus der Tagesordnung ersichtlich sind und allenfalls unter dem Punkt „Allfälliges“ zur Diskussion gestellt werden, können rechtswirksame Beschlüsse nur gefasst werden, wenn vor Abstimmung über den Gegenstand die Dringlichkeit der Beschlussfassung mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlossen wird.

§ 11. Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus:

- a) der Präsidentin oder dem Präsidenten,
- b) drei Stellvertreterinnen und / oder Stellvertretern der Präsidentin / des Präsidenten,
- c) der Kassierin oder dem Kassier und ihrer / seiner Stellvertreterin oder ihrem / seinem Stellvertreter,
- d) der Schriftführerin oder dem Schriftführer und ihrer / seiner Stellvertreterin oder ihrem / seinem Stellvertreter,
- e) sowie bis zu drei Beirätinnen und / oder Beiräten.

(2) Die Funktionsdauer der Mitglieder des Vorstands läuft jeweils bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung, die über den Rechnungsabschluss des vorangegangenen Jahres zu beschließen hat. Eine Wiederwahl ohne Unterbrechung ist dreimal zulässig.

(3) Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das Leitungsorgan im Sinne des Vereinsgesetzes.

(4) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Rahmen von Vorstandssitzungen. In dringenden Fällen ist eine Beschlussfassung im Umlaufwege zulässig, wenn alle Mitglieder des Vorstands dieser Form der Beschlussfassung zustimmen.

(5) Eine Sitzung des Vorstands ist mindestens eine Woche vorher von der Präsidentin / vom Präsidenten oder einer oder einem ihrer / seiner Stellvertreterinnen oder Stellvertreter einzuberufen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist.

(6) Beschlüsse des Vorstands werden im Allgemeinen mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Vorstandsmitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Präsidentin / der Präsident oder jene Stellvertreterin / jener Stellvertreter, die / der in der betreffenden Sitzung den Vorsitz führt.

(7) Die Obfrau / Der Obmann der Berufsgruppe der Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer in der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer oder ihre / seine Stellvertreterin oder ihr / sein Stellvertreter ist berechtigt, an den Sitzungen des Vorstands teilzunehmen. Ihr / Ihm kommt nur beratende Stimme zu.

(8) Scheiden die Präsidentin / der Präsident und alle ihre / seine Stellvertreterinnen und / oder Stellvertreter aus oder sinkt die Zahl der Vorstandsmitglieder unter fünf, so ist durch die verbleibenden Vorstandsmitglieder unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung zur Vornahme von Ersatzwahlen einzuberufen. Fällt der Vorstand überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich beim zuständigen Gericht die Bestellung einer Kuratorin / eines Kurators zu beantragen, die / der umgehend eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen hat.

§ 12. Wirkungsbereich des Vorstands

(1) Die Präsidentin / Der Präsident vertritt den Verein nach außen. Sie / Er führt bei den Sitzungen des Vorstands und der Mitgliederversammlung den Vorsitz.

(2) Die Stellvertreterinnen und / oder Stellvertreter der Präsidentin / des Präsidenten vertreten diese / diesen im Fall ihrer / seiner Verhinderung oder Abwesenheit.

(3) Der Kassierin / Dem Kassier obliegt die gesamte Vereinsgebarung. Sie / Er hat ein den Anforderungen des Vereins entsprechendes Rechnungswesen einzurichten, insbesondere für die laufende Buchführung zu sorgen, und zum Ende des Rechnungsjahrs innerhalb von drei Monaten – unter sinngemäßer Anwendung der §§ 189 bis 193 Abs. 1 und 193 Abs. 3 bis 211 UGB – einen Rechnungsabschluss bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zu erstellen.

(4) Der Schriftführerin / Dem Schriftführer obliegt die Protokollführung bei den Mitgliederversammlungen und den Vorstandssitzungen.

(5) Die Vereinskorrespondenz (Ausfertigung und Bekanntmachung) ist, soweit sie nicht der Schriftführerin / dem Schriftführer obliegt, von der Präsidentin / vom Präsidenten oder bei deren / dessen Verhinderung von einer oder einem ihrer / seiner Stellvertreterinnen und / oder Stellvertreter oder der Schriftführerin / dem Schriftführer zu unterfertigen. Zusätzlich kann der Vorstand auch andere Personen bevollmächtigen, die Präsidentin / den Präsidenten bei der Führung der Vereinskorrespondenz zu vertreten. Über die Erteilung der Handlungsvollmacht entscheidet der Vorstand mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen.

(6) Der Vorstand kann zur Erreichung des Vereinszwecks auch Dienst- und Werkverträge abschließen.

(7) Der Vorstand kann höchstens drei Vereinsmitglieder für die laufende Funktionsperiode in den Vorstand kooptieren. Einem kooptierten Vorstandsmitglied kommt nur beratende Stimme zu.

(8) Der Vorstand kann zur Erfüllung des Vereinszwecks Arbeitsgruppen einsetzen, die sich aus Mitgliedern des Vereins zusammensetzen.

(9) Der Vorstand kann zum Zweck der Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachhochschulen einen wissenschaftlichen Beirat einsetzen.

§ 13. Rechnungsprüfer

(1) Die Mitgliederversammlung wählt zwei ordentliche Mitglieder mit Stimmrecht zu Rechnungsprüfer. Die Funktionsdauer der Rechnungsprüfer beträgt ein Rechnungsjahr. Eine Wiederwahl ist zulässig.

(2) Rechnungsprüfer können nur ordentliche Mitglieder sein, die nicht dem Vorstand angehören und als Abschlussprüfer im öffentlichen Register gemäß § 52 APAG eingetragen sind oder in einem Prüfungsbetrieb einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft tätig sind, die als Prüfungsgesellschaft im öffentlichen Register gemäß § 52 APAG eingetragen ist.

(3) Die Rechnungsprüfer haben den Rechnungsabschluss sowie die Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel zu prüfen und darüber dem Vorstand schriftlich zu berichten.

(4) Der Prüfungsbericht hat die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel zu bestätigen oder festgestellte Gebarungsmängel oder Gefahren für den Bestand des Vereins aufzuzeigen. Auf außergewöhnliche Einnahmen oder Ausgaben, vor allem auf Inschlaggeschäfte (§ 6 Abs. 4 VerG), ist besonders einzugehen.

§ 14. Ehren- und Disziplinarrat

(1) Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder mit Stimmrecht drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder in den Ehren- und Disziplinarrat. Dem Ehren- und Disziplinarrat darf kein Mitglied des Vorstands angehören. Die Funktionsdauer der Mitglieder und der Ersatzmitglieder des Ehren- und Disziplinarrats läuft jeweils bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung, die über den Rechnungsabschluss des vorangegangenen Vereinsjahres zu beschließen hat. Eine Wiederwahl ist zulässig.

(2) im Fall von § 6 Abs. 5 wird der Ehren- und Disziplinarrat durch Anrufung seitens des Vorstands oder auf eigene Initiative tätig.

(3) Der Ehren- und Disziplinarrat hat das betroffene Mitglied anzuhören und die Sachlage eingehend zu prüfen. Durch Beschlussfassung mit einfacher Mehrheit kann er eine Disziplinarmaßnahme (je nach Schwere der Verfehlung einen Verweis, einen strengen Verweis oder ein vorübergehendes Ruhen der Mitgliedschaft für einen Zeitraum von höchstens 36 Monaten) verhängen oder dem Vorstand den Ausschluss des Mitglieds aus dem Verein vorschlagen.

(4) Disziplinarmaßnahmen sind eingehend zu begründen und dem Vorstand zur Kenntnis zu bringen. Das betroffene Mitglied ist vom Vorstand mittels eingeschriebenen Briefes von der Disziplinarmaßnahme zu verständigen. Binnen zwei Wochen (14 Tagen) ab Erhalt der Verständigung kann das Mitglied gegen die verhängte Disziplinarmaßnahme Einspruch erheben. Über diesen Einspruch wird durch den Vorstand entschieden. Der Einspruch entfaltet bis zur Entscheidung des Vorstands aufschiebende Wirkung.

(5) Die Disziplinarmaßnahme ist im Mitgliederverzeichnis zu vermerken. Ein Verweis ist nach einem Jahr, ein strenger Verweis nach zwei Jahren und das vorübergehende Ruhen der Mitgliedschaft nach Zeitablauf zu löschen.

(6) Im Fall von § 6 Abs. 6 wird der Ehren- und Disziplinarrat durch Anrufung seitens des Vorstands tätig.

§ 15. Schiedsgericht

(1) Für die Erledigung von Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnis zwischen einzelnen Mitgliedern oder zwischen dem Verein und einzelnen Mitgliedern ist ein Schiedsgericht zuständig.

(2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Mitgliedern oder Ersatzmitgliedern des Ehren- und Disziplinarrats und aus je einer oder einem von den beiden Streitparteien entsandeter Vertreterin oder entsendetem Vertreter zusammen. Alle Mitglieder des Schiedsgerichts müssen ordentliche Mitglieder mit Stimmrecht sein; ist der Verein Streitpartei, entsendet der Vorstand eines seiner Mitglieder. Die Wahl der oder des Vorsitzenden erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit.

(3) Das Schiedsgericht fasst seine Beschlüsse nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Der Schiedsspruch des Schiedsgerichts ist endgültig.

§ 16. Auflösung des Vereins

(1) Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. In diesem Fall ist gleichzeitig über die Verwendung des Vereinsvermögens Beschluss zu fassen. Dieser Beschluss kann nur zu Gunsten des Unterstützungsfonds der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer mit der Auflage, den Erlös zu Gunsten der Berufsgruppe der Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer zu verwenden, gefasst werden oder zu Gunsten eines vergleichbaren Sozialfonds eines unpolitischen Verbands einer verwandten Berufsgruppe.

(2) Im Fall der behördlichen Auflösung des Vereins fällt das Vereinsvermögen dem Unterstützungsfonds der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer mit der Auflage zu, den Erlös zu Gunsten der Berufsgruppe der Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer zu verwenden.